

**„Kommunalpolitische Aspekte  
für die Debatte zum Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms der SPD“**

**- Ein Beitrag der Bundes-SGK für die Erarbeitung des Entwurfs des neuen  
Grundsatzprogramms der SPD -**

*Das anliegende Positionspapier erörtert grundsätzliche Fragen des sozialdemokratischen Staats- und Politikverständnisses aus kommunalpolitischer Sicht. Die Positionen dieses Papiers basieren auf den vom SPD Bundesparteitag in Nürnberg am 21. November 2001 beschlossenen Kommunalpolitischen Leitsätzen der SPD sowie den Beschlüssen der Gremien der Bundes-SGK.*

**Beschluss des Vorstandes der Bundes-SGK  
vom 17. November 2006**

## **1. Politische Herausforderungen spiegeln sich in den Kommunen**

Wirtschaftlicher und technologischer Strukturwandel, demografische Entwicklung und soziale Integrationsprobleme in unserer Gesellschaft fordern unsere Städte und Gemeinden in bisher nicht gekanntem Umfang heraus. Die Aufgaben der Kommunen nehmen ebenso wie die Erwartungen der Bürgerschaft ständig zu.

Politische Antworten aller Ebenen von Europa über den Bund und die Länder werden auf kommunaler Ebene konkret und müssen von Kommunalpolitik erfolgreich umgesetzt werden. Durch eine vorausschauende Kommunalpolitik begegnen sozialdemokratisch geführte Kommunen den Herausforderungen in ihrer Region und entwickeln gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern dafür Lösungen und Zukunftsperspektiven.

Sozialdemokratische Kommunalpolitik wird von den Menschen für die Menschen gemacht. Sie ist gelebte Demokratie. Lokale Demokratie drückt sich durch das Engagement im Ehrenamt, in der Wahrnehmung kommunaler Mandate und durch direkte Bürgermitwirkung aus. Die Kommunen bilden Verantwortungsgemeinschaften, in denen praktische Solidarität gelebt wird.

Die Kommunen sind die Erfahrungsebene der Bürgerinnen und Bürger in ihrer Lebenswirklichkeit und bei der Herausbildung von Identitäten. Hier werden die Auswirkungen aller gesellschaftlichen Entwicklungen konkret und fassbar. Bei immer komplexer, zahlreicher und unübersichtlicher werdenden Verflechtungen im internationalen Maßstab gewinnt die kommunale Ebene an Bedeutung: Es ist die kommunale und regionale Lebenswelt mit ihrer jeweils einzigartigen Geschichte und Kultur, die Heimat, Gemeinschaft, Überschaubarkeit und Sicherheit im Wandel bietet.

Die Kommunen bilden so gemeinsam mit der Europäischen Union (EU) zwei Enden einer Klammer, die Europa zusammenhält und uns Frieden, Fortschritt und Stabilität sichert. Wir wollen ein Europa der Kommunen, in dem sich die Vielfalt der Kulturen, der regionalen Besonderheiten, der Innovationen und Ideen widerspiegelt, um eine freie, an Chancengleichheit und Selbstverantwortung orientierte Zivilgesellschaft zu begründen.

## **2. Eine starke kommunale Selbstverwaltung ist Grundlage eines handlungsfähigen Staates und eines „Europa der Bürger“**

Die Stärke der Kommunen liegt darin, dass sie auf die lokalen und regionalen Besonderheiten flexibel reagieren können. Sie schaffen eine Vielfalt von Lösungsmöglichkeiten für eine Vielfalt von Herausforderungen. Mit der dezentralen Selbststeuerung ist Verantwortungsübernahme und Engagement in den betroffenen Städten, Gemeinden und Kreisen verbunden. Kommunale Selbstverwaltung nutzt die vor Ort vorhandenen Stärken und die Kreativität der Menschen.

Um die Stärken der kommunalen Selbstverwaltung für einen handlungsfähigen Staat zu nutzen, muss die Handlungsfähigkeit der Kommunen gesichert werden. Die Rahmenbedingungen der kommunalen Selbstverwaltung, die durch staatliches Handeln geschaffen werden, müssen Organisationsfreiheiten der kommunalen Ebene bewahren und erweitern.

Wir unterstreichen in diesem Zusammenhang die Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips mit seinen zwei Dimensionen: Erstens den Handlungsvorrang der leistungsfähigen kleinen Einheit und zweitens die Unterstützungspflicht der größeren Einheit. Aufgaben sollten möglichst dezentral von der jeweils kleineren Einheit erledigt werden. Dieses entspricht für staatliche und öffentliche Aufgaben dem Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung, wie es im Grundgesetz und in der europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung des Europarates festgeschrieben ist.

Damit die Kommunen ihre vielfältigen Aufgaben und Herausforderungen sachgerecht bewältigen können, muss ihr finanzieller Handlungsspielraum erweitert werden. Daher müssen die Kommunen an den finanziellen Mitteln, die dem Staat insgesamt zur Verfügung stehen, entsprechend ihren Aufgaben

angemessen beteiligt werden. Den Bundesländern kommt dabei eine besondere Verpflichtung zu, da sie im föderalen Staatsaufbau die Interessen der Kommunen gegenüber dem Bund wahrnehmen sollen. Bund und Länder müssen den Grundsatz beachten, dass es keine Aufgabenübertragung ohne Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel geben darf.

Die Kommunen leisten auf vielfältige Art und Weise einen entscheidenden Beitrag zum europäischen Integrationsprozess, indem sie eine Vielzahl von europäischen Regelungen umsetzen und Menschen durch Partnerschaften und Kooperationen zusammenbringen. Sie erfüllen zudem wichtige Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge, die von grundlegender Bedeutung für ein soziales Europa sind. Im Sinne eines sozialen Europa kann Wettbewerb bei dem Ziel, die Lebensbedingungen für alle Bürgerinnen und Bürger zu verbessern und zur Überwindung sozialer Ausgrenzung beizutragen, ein Mittel zum Zweck sein; er ist aber kein Selbstzweck und muss sich den politischen Zielsetzungen unterordnen.

Damit die Kommunen weiterhin ihre zahlreichen Aufgaben effektiv im Dienste ihrer Bürgerinnen und Bürger erfüllen, ihre Innovationspotentiale zum Wohle der Menschen optimal nutzen und den europäischen Gedanken in der Bevölkerung festigen können, muss auch die EU die Handlungsfähigkeit der Kommunen erhalten und stärken. Dies kann die EU am besten sicherstellen, indem sie das Subsidiaritätsprinzip strikt einhält und einen Rechtsrahmen schafft, der den Kommunen, im Sinne der kommunalen Selbstverwaltung, Handlungsfreiheit und Rechtssicherheit bei der Erfüllung ihrer Aufgaben gewährleistet.

Die kommunale Ebene kann zudem durch ihre Kenntnis lokaler Bedingungen und Problemstellungen einen wichtigen Beitrag bei der Vorbereitung und Umsetzung europäischer Gesetzgebung und Projekte leisten. Durch ihren Sachverstand ist die kommunale Ebene ein unverzichtbarer Partner bei der Gestaltung einer bürgernahen Politik. Eine stärkere Berücksichtigung kommunaler Positionen in europäischen Entscheidungsprozessen ist eine grundlegende Voraussetzung eines „Europa der Bürger“.

### **3. Demokratische Bürgergesellschaft**

Eine dezentrale Aufgabenerfüllung entspricht auch dem Prinzip der Bürgernähe. In der Kommune entscheidet sich, wie viel Eigenverantwortung von den Bürgerinnen und Bürgern übernommen wird. Hier wird bürgerschaftliches Engagement gelebt. Hier setzt sich das Subsidiaritätsprinzip als Nachrangigkeit des Staates gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern durch.

Die Menschen können vieles gemeinsam in die Hand nehmen, und sie tun dieses auch. Deutschland hat ein vielfältiges Vereinsleben und weist zahlreiche Nichtregierungsorganisationen auf, die sich gemeinnützig engagieren. Dieses gilt es zu bewahren und zu stärken.

Unter einer demokratischen Bürgergesellschaft verstehen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine Gesellschaft, in der sich Bürgerinnen und Bürger aktiv in das gesellschaftliche Leben einbringen. Dazu werden wir unsere Integrationsleistungen verstärken und uns weiter dafür einsetzen, dass alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Zu den Traditionen der Sozialdemokratie zählt es, der Isolation entgegen zu wirken, sich gemeinsam zusammen zu schließen, Vereine und Genossenschaften zu gründen. Denn gemeinsam sind wir stark. Gelebte Solidarität schafft Unterstützung der Schwächeren durch die Stärkeren. Wir wollen Teilhabe und Teilnahme der Menschen am öffentlichen Leben in Städten und Gemeinden fördern.

Die Sozialdemokratie unterstützt plebiszitäre Entscheidungsformen in den Kommunen, wie Bürgerbegehren und Bürgerentscheide, als wichtige Ergänzung, aber nicht als Ersatz der repräsentativen Demokratie. Die repräsentativ gewählten Vertretungskörperschaften bleiben ein unverzichtbarer Bestandteil der Demokratie.

Bürgerschaftliches Engagement muss zum Bestandteil der Politik in den Kommunen werden. Politiker und Verwaltung können nicht alle Probleme alleine lösen. Die Gesellschaft ist auf die Eigeninitiative der von Problemen Betroffenen genauso wie auf das vielfältige private Engagement in der Bevölkerung angewiesen. Bürgerschaftliches Engagement kann die Kommunen entlasten, die Verantwortung für das Gemeinwohl bleibt aber eine zentrale Aufgabe von Politik und Verwaltung.

Sozialdemokratische Kommunalpolitik vermittelt zwischen den verschiedenen einzelnen Interessen und Bevölkerungsgruppen und führt die gesellschaftlichen Kräfte zusammen, um Zukunftsfragen gemeinsam vor Ort zu lösen. Wir treten dabei besonders für die Interessen derjenigen ein, die sich in der modernen Zivilgesellschaft schlechter artikulieren können. Unser Ziel ist der Aufbau einer Kommunikationsstruktur, die den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern und das Gespräch zwischen den Generationen und Geschlechtern verbessert.

#### **4. Integrationskraft der Kommunen im vorsorgenden Sozialstaat**

Sozialdemokratische Kommunalpolitik hat die Verantwortung, allen Menschen die Möglichkeit zu bieten, in Würde zu leben. Dazu gehört es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die wirtschaftliche Prosperität, kulturelle Vielfalt und sozialen Zusammenhalt sicherstellen. Die Stärkung des sozialen Zusammenhalts in der Gesellschaft ist eine der zentralen Herausforderungen für die sozialdemokratische Kommunalpolitik. Wir wollen allen Menschen eine Chance zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft ermöglichen. Der Zugang zu Hilfsangeboten der sozialen Dienste muss für jeden Menschen zugänglich bleiben.

Eine vorsorgende Sozialpolitik versteht sich nicht nur als Hilfe für Menschen in besonderer Not. Wir wenden uns gegen die soziale Abgrenzung gesellschaftlicher Gruppen voneinander und wollen den Zusammenhalt durch gegenseitiges Lernen und Verstehen stärken. Deshalb begreifen wir auch die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund als wichtige sozialpolitische Querschnittsaufgabe.

Vorsorgende Sozialpolitik der Kommunen setzt an den Ursachen der Unterstützungsbedürftigkeit an und zielt darauf ab, Leistungsempfänger von den empfangenen Leistungen unabhängig zu machen. Die wesentlichen Prinzipien heißen: „Hilfe zur Selbsthilfe“, Fördern und Fordern“ und „Vorbeugen statt Nachsorgen“. In den Kommunen erhalten die Menschen zielgerichtete Hilfe, um ihre spezifische Lebenslage besser bewältigen zu können. Kommunale Sozialpolitik muss helfen, Notlagen zu überwinden. Dabei müssen die Selbsthilfekräfte durch fallbezogene Beratung aktiviert und unterstützt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass soziale Dienste nicht erst aktiv werden, wenn es zu spät geworden ist und die Betroffenen als Anspruchsberechtigte auf Dienstleistungen aus staatlichen Leistungssystemen angewiesen sind. Familien, Nachbarschaft, Selbsthilfeinitiativen und örtliche Gemeinschaften müssen motiviert werden, als soziales Netz zu wirken.

Zur Sicherstellung einer gesellschaftlichen Perspektive müssen wir alle Menschen zur Teilhabe und einer eigenen Lebensgestaltung befähigen. Entscheidend hierfür ist die Schaffung von Chancengleichheit durch gesicherten Zugang zu Bildung und Wissen. Es gehört zu den wesentlichen gesellschaftspolitischen Zukunftsaufgaben, allen Kindern Bildung und Betreuung von Anfang an zu gewährleisten. Die Verbesserung der Bildungs- und Betreuungssituation dient der Förderung von Begabungen und einer Stärkung des sozialen Verhaltens aller Kinder.

Eine vorsorgende kommunale Sozialpolitik orientiert sich an Sozialräumen. Die Rahmenbedingungen für die Sozialisation werden durch die Stadtteile, Wohngegenden, Dörfer vorgegeben. Es ist zwingend erforderlich, diese Sozialräume als Handlungsfelder der Politik zu erkennen und sektorale politische Maßnahmen dort vernetzt und gebündelt zusammenzuführen. Nur so kann es gelingen, den wachsenden sozialräumlichen Disparitäten entgegenzuwirken.

Die Kommunen in Deutschland zeichnen sich dadurch aus, dass sie den Menschen vielfältige Perspektiven für die Realisierung ihrer unterschiedlichen Lebensentwürfe bieten. Zentrale Aufgabenfelder der Entwicklung der Städte, Gemeinden und Dörfer liegen auch künftig in der Erhaltung lebenswerter Wohnviertel, in der Sicherstellung von Mobilität, in der Herausbildung und Erhaltung identitätbildender Zentren, in der Bewahrung historischer Bauwerke und in der Orientierung auf eine qualitätschaffende Baukultur. In schrumpfenden Städten und Gemeinden müssen wir uns der Aufgabe stellen, die Infrastruktureinrichtungen an sinkende Bevölkerungszahlen anzupassen.

Die kulturelle Vielfalt in den Städten und Gemeinden ermöglicht das Erleben von Kunst und Traditionen in all ihren Formen, gemeinsames kreatives Schaffen und direkte Kommunikation frei von ökonomischen Zwängen. Kultur ist ein wichtiger Katalysator des Integrationsprozesses und fördert den sozialen Zusammenhalt. Sozialdemokratische Kommunalpolitik will den Dialog und Austausch der verschiedenen Kulturen fördern, denn aus dem gegenseitigen Kennenlernen entspringen Toleranz und Wertschätzung für einander.

## **5. Moderne Daseinvorsorge für die Menschen**

Die Kommunen haben die Aufgabe, für Bürgerinnen und Bürger effizient und kostengünstig ein gleichwertiges, diskriminierungsfreies und flächendeckendes Angebot notwendiger Dienstleistungen und Güter hoher Qualität zu gewährleisten. Durch diese Leistungen werden die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Lebens, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft ebenso wie die natürlichen Lebensgrundlagen für künftige Generationen gesichert.

Es ist elementar für die kommunale Selbstverwaltung, dass die Kommunen eigenständig entscheiden können, in welcher Form sie die Aufgaben der Daseinvorsorge organisieren. Städte, Gemeinden und Kreise müssen eigenverantwortlich darüber entscheiden können, ob und wie sie öffentliche Dienstleistungen entweder selbst erbringen, ein kommunales Unternehmen damit betrauen, eine institutionelle oder vertragliche Öffentlich Private Partnerschaft eingehen oder an private Unternehmen vergeben möchten. Die Vielfalt kommunaler Daseinvorsorge zeigt auf, wie unterschiedlich die Leistungserbringung erfolgreich entsprechend der lokalen bzw. regionalen Erfordernisse organisiert werden kann.

Qualitativ hochwertige öffentliche Güter und eine leistungsfähige Infrastruktur sind Voraussetzung für ein international erfolgreiches Deutschland. Dazu zählt auch der Bestand an öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen. Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stellen sie die Basis der Daseinvorsorge dar und werden auch in der Zukunft benötigt. Im Hinblick auf die Veräußerung von kommunalem Vermögen muss der kurzfristige Erlös und der langfristige Verlust von Handlungsmöglichkeiten sorgfältig miteinander abgewogen werden. Einen Zwang zur Vermögensveräußerung lehnen wir ab. Unser Ziel ist der handlungsfähige und starke Staat mit starken Kommunen, denen langfristig möglichst viele Handlungsmöglichkeiten für die Erfüllung ihrer Aufgaben gegeben sind.

## **6. Solidarität zwischen den Regionen - Kooperation zwischen den Kommunen**

Für die Sozialdemokratie ist das Ziel „Gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilräumen Deutschlands und Europas“ auch künftig anzustreben. Dabei ist zu betonen, dass mit gleichwertigen Lebensbedingungen nicht gleichartige Lebensbedingungen gemeint sind. Es geht vielmehr um die Frage der Chancengleichheit und der Solidarität unter den Regionen. Wer aus einer strukturschwachen Region stammt, muss vergleichbare Chancen bekommen wie jemand, der aus einer innovativen Metropolregion stammt. Entsprechend müssen auch die schwachen Regionen über handlungsfähige Kommunen verfügen, die ihrem Daseinvorsorgeauftrag nachkommen können. Deshalb bekennt sich die SPD zum Finanzausgleich.

Gerade im Zeitalter der Globalisierung, in dem Standortentscheidungen und Entscheidungen über die Zukunft von Arbeitsplätzen in anonymen Unternehmenszentralen ohne Rücksicht auf vorhandene Standortbindungen und Geschichte getroffen werden, muss die Solidarität der Regionen untereinander gestärkt werden. In der weltweiten Konkurrenz der Regionen ist es genauso notwendig, unsere Stärken zu stärken. Wir müssen die Wachstumskerne als Orte der Innovation, der technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung stärken, die dazu in der Lage sind, Motoren für die Entwicklung ihrer Region zu sein.

Zugleich muss in den Regionen das Selbstverständnis der Kommunen als Bestandteil einer Region gestärkt werden. Die Bewältigung der kommunalen Herausforderungen und Aufgaben bedarf der Kooperation und neuer Verantwortungsgemeinschaften zwischen den Kommunen. EU, Bund und Länder müssen dafür einen offenen und flexiblen Rahmen vorgeben, der vielfältige Kooperationsformen ermöglicht. Wir brauchen einen partnerschaftlich handelnden öffentlichen Sektor, damit den Menschen in allen Regionen Lebensperspektiven geboten werden können.